

Bevölkerungsrückgang, wirtschaftliche Entwicklung und Einwanderung

Prof. Dr. Günter Buttler, geb. 1938 in Wanne-Eickel, Studium der Betriebswirtschaftslehre in Freiburg, Bonn und Köln, lehrt seit 1978 Statistik und empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Im Augenblick erscheint es nicht angebracht, über Einwanderungen in die Bundesrepublik zu reden, ja sie sogar zu fordern. Ausländerfeindlichkeit, hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und die gewaltigen Finanzierungsprobleme der Wiedervereinigung lassen es widersinnig erscheinen, auch noch einer Einwanderung von Ausländern das Wort zu reden und damit gewissermaßen alle diese Probleme noch zu verstärken. Wir haben jedoch schon gegenwärtig eine starke Einwanderung, und auch in der Vergangenheit überwogen die Jahre mit positivem Wanderungssaldo, so daß es nach amtlichen Meldungen zur Zeit bereits 6,5 Millionen Ausländer in Deutschland gibt, von denen die meisten auch hier bleiben möchten, also als echte Einwanderer anzusehen sind. Bisher gibt es allerdings keine erkennbare, geschweige denn eine klare, an den längerfristigen Notwendigkeiten ausgerichtete Einwanderungspolitik, so daß eine Regulierung der Wanderungsströme dringend erforderlich erscheint.

Die aktuelle Situation einer gegenwärtig noch zunehmenden Bevölkerung ist untypisch. Sie wird vorübergehen, und dann kommt es zu einem dauerhaften und vor allem einem sich verstärkenden Bevölkerungsrückgang. Das ist keine ausschließlich zukünftige Entwicklung, die entsprechend unsicher wäre: Die deutsche Bevölkerung schrumpft seit 20 Jahren, weil Jahr für Jahr mehr Menschen sterben als Kinder geboren werden. Inzwischen hat sich ein Defizit von 3 Millionen angesammelt, das nur durch Einwanderer — und deren Kinder - kompensiert werden konnte. Wenn wir also den Bevölkerungsrückgang bisher nicht bemerkt haben, so allein infolge des ständigen Zustromes von außen.

Allerdings fragt sich, ob ein Bevölkerungsrückgang nicht sogar positiv wirken würde, also eine Entlastung für Arbeits- und Wohnungsmarkt, ja selbst für die Umwelt bringen könnte. Kurzfristig ist das durchaus plausibel, jedoch auf mittlere und längere Sicht dürften die negativen Folgen des Bevölkerungsrückgangs die Entlastungswirkungen überkompensieren, denn der Rückgang hört ja nicht im Optimum auf. Einwanderungen mit dem Ziel, Bevölkerungslücken im Inland zu schließen, kann man aber nicht wie mit einem Wasserhahn regulieren, den man je nach kurzfristigem Bedarf an- oder abdreht. Einwanderungen erreichen nur dann ihren Zweck, wenn sie rechtzeitig erfolgen und nicht erst, wenn die Probleme bereits offenkundig sind. Meiner Meinung

nach geht es in Zukunft nicht darum, Lücken auf dem Arbeitsmarkt dadurch zu schließen, daß man kurzfristig, wie in den sechziger Jahren, Gastarbeiter anwirbt. Zwar wird auch der Arbeitsmarkt vom Bevölkerungsrückgang betroffen, doch sehe ich dort keinesfalls die größten Schwierigkeiten.¹

Schrumpfende Bevölkerung

Wie erwähnt, schrumpft die deutsche Bevölkerung seit über 20 Jahren. Das Geburtendefizit wäre sogar noch höher ausgefallen, wenn nicht die Ausländer mit ihrem Nachwuchs zur Verringerung der Geburtenlücke beigetragen hätten. 10 Prozent der Neugeborenen sind derzeit Ausländerkinder. Zwar war das Geburtendefizit in den letzten Jahren nur gering, das Minimum lag 1990 bei lediglich 16 000 (905 000 Geburten, 921 000 Gestorbene), doch wird sich dies in nächster Zeit deutlich ändern. Die günstige Situation ist die Folge davon, daß zur Zeit die Angehörigen der Geburtsjahrgänge von 1964/1966 in dem Alter sind, wo die meisten Kinder geboren werden.

Auf den Babyboom der sechziger Jahre folgte ein rascher Rückgang der Geburtenzahlen. Gab es 1965 im Maximum in Deutschland 1,3 Millionen Geborene, so waren es 1975, 10 Jahre später, nur noch 780 000, also 40 Prozent weniger. Schon in einigen Jahren wird es also, wenn die schwachbesetzten Jahrgänge der Siebziger als potentielle Eltern gefragt sind, unter sonst gleichen Umständen 40 Prozent Geburten pro Jahr weniger geben, während andererseits die Zahl der Todesfälle aufgrund der Alterung der Bevölkerung ansteigt. Die Geburtenlücke wird also tendenziell größer mit der Folge, daß ohne Einwanderungen die Bevölkerung immer stärker schrumpft.

Zwar läßt sich die zukünftige Bevölkerungsentwicklung nicht mit Sicherheit vorhersagen. Sie läßt sich jedoch unter bestimmten Annahmen berechnen. Unterstellt man beispielsweise, daß das Geburtenniveau auf dem heutigen Stand bleibt, die Sterblichkeit weiter leicht sinkt und Ein- und Auswanderungen sich die Waage halten, wird der skizzierte Verlauf bestätigt. Von derzeit gut 80 Millionen sinkt die Zahl der Bundesbürger auf 76 Millionen im Jahr 2010 und auf 65 Millionen im Jahr 2030. Auch danach setzt sich der Schrumpfungsprozeß mit unvermindertem Tempo fort.

Nun ist es kein Naturgesetz, daß das Geburtenniveau auch in den nächsten Jahrzehnten so niedrig bleibt wie bisher. Gegenwärtig spricht allerdings wenig für eine Trendwende. Das Ursachensystem für das niedrige Geburtenniveau macht einen sehr stabilen Eindruck. Auch ist der Rückgang keinesfalls erst in den letzten 20 Jahren eingetreten, es handelt sich vielmehr um ein Jahrhundertproblem. Seit 100 Jahren geht das Geburtenniveau zurück. Hatten die Ehen, die um die Jahrhundertwende geschlossen wurden, im Durchschnitt noch 4 Kinder, so sind es jetzt gerade 1,4. Um die Bevölkerungszahl konstant zu halten, werden jedoch ungefähr 220 Kinder aus 100 Ehen benötigt. Das der-

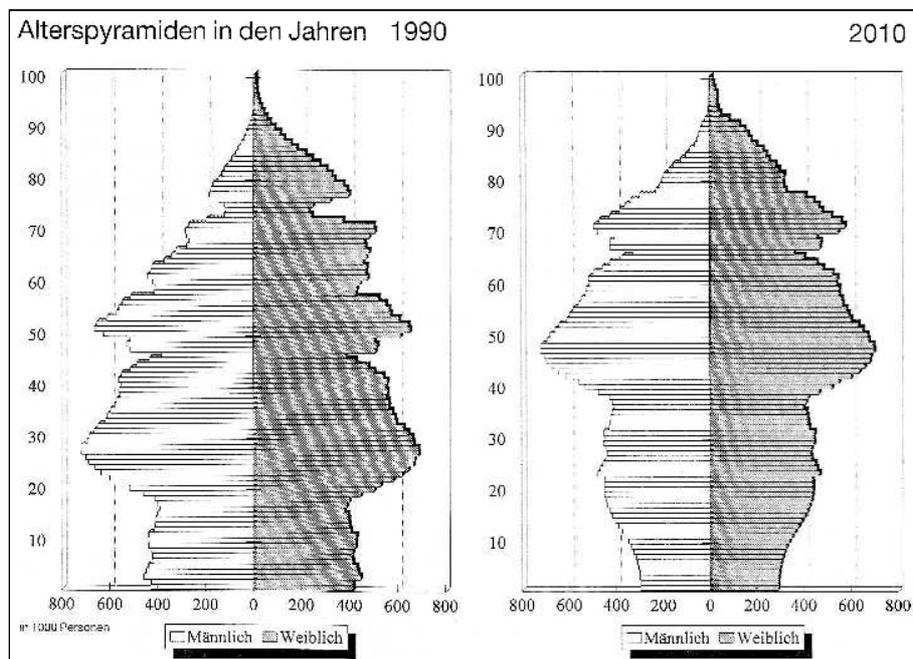
¹ Vgl. hierzu ausführlicher Günter Buttler, *Der gefährdete Wohlstand*, Fischer Wirtschaft, Bd. 1680, Frankfurt/M. 1992; sowie ders., *Deutschlands Wirtschaft braucht die Einwanderer*, in: Hans-Ulrich Klose (Hg.), *Altern der Gesellschaft*, Köln 1993, S. 51-64.

zeitige Geburtenniveau müßte also um rund 50 Prozent ansteigen, um auf lange Sicht Bevölkerungskonstanz zu erreichen. Doch selbst dann würde die Bevölkerung schrumpfen. Ein Gleichgewicht wäre ohnehin dann nur noch auf der Basis der schwächer besetzten jüngeren Jahrgänge möglich, d. h. grob geschätzt ergäbe sich dann eine Bevölkerung, die immer noch 40 Prozent niedriger liegt als die heutige.

Um die Auswirkungen eines aus heutiger Sicht realistischen Anstiegs zu demonstrieren, wird in der folgenden Modellrechnung angenommen, daß das Geburtenniveau bis 2010 um ca. 20 Prozent ansteigt. Der Effekt wäre nicht sehr bedeutend: 2010 gäbe es gegenüber der ersten Rechnung 1 Million und 2030 3 Millionen Menschen mehr in Deutschland. Die Bevölkerungslücke hätte sich gerade von 25 auf 22 Millionen verringert. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß ein gleichzeitiger weiterer Rückgang der Sterblichkeit, also eine Erhöhung der Lebenserwartung, zwar die Bevölkerungszahl etwas günstiger aussehen läßt, da von der Erhöhung der Lebenserwartung jedoch fast ausschließlich die älteren Menschen profitieren - in den jungen Jahren ist die Sterblichkeit ohnehin schon sehr niedrig -, werden sich dadurch die Probleme der Bevölkerungsentwicklung eher noch verstärken.

Steigende Alterslast

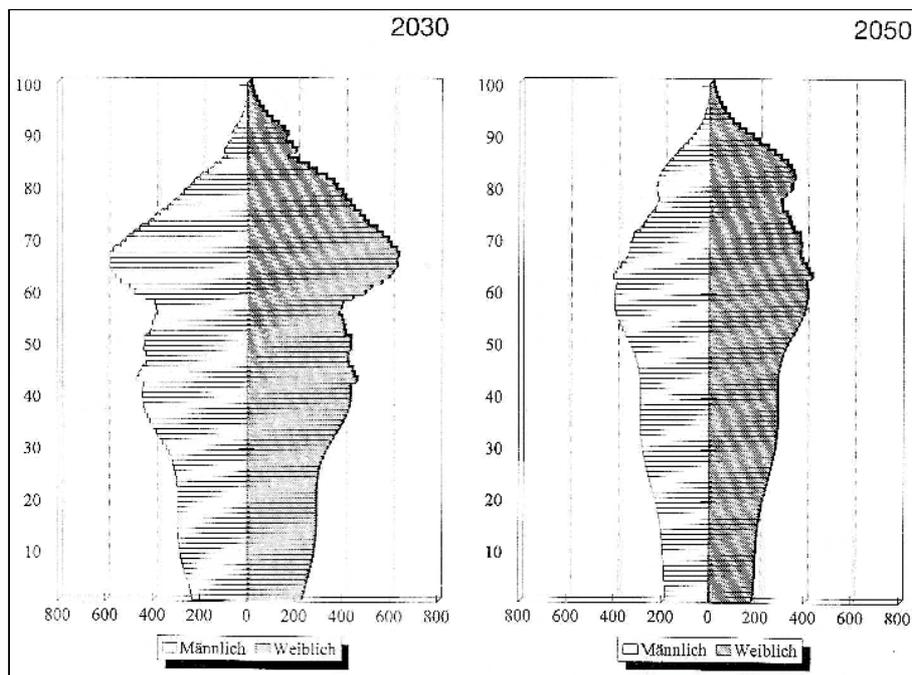
Die Probleme, die die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bringen wird, folgen nicht allein aus der abnehmenden Zahl der Menschen, sondern



auch aus der sich ändernden Altersstruktur. Das wird graphisch deutlich an der Alterspyramide, zahlenmäßig an sog. Belastungsquotienten.

Wenn Jahr für Jahr weniger Kinder geboren werden, verjüngt sich die Alterspyramide an der Basis, während die stärker besetzten höheren Jahrgänge immer älter werden. Die ungünstigste Relation ist im Zeitraum zwischen 2030 und 2040 erreicht. Dann sind die Babyboomer der sechziger Jahre im Rentenalter. Auf einem schmalen Sockel jüngerer Menschen „lastet“ ein breiter Schirm von Seniorinnen und Senioren. Der sogenannte Altersquotient, das zahlenmäßige Verhältnis von über 60jährigen zu den Personen von 20 bis 60 Jahren, verdoppelt sich in den nächsten 40 Jahren. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet das: Wenn heute zwei Erwerbstätige die Rente von einem Rentner aufzubringen haben, so hat in 40 Jahren jeder Erwerbstätige „seinen“ Rentner zu finanzieren. Danach wird sich die Situation zwar etwas entspannen, Verhältnisse wie in der Gegenwart werden jedoch nicht annähernd wieder erreicht.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Die Bevölkerungszahl oder ihre Altersstruktur sollte für sich betrachtet kein politisches Ziel sein. Die Zahl der Einwohner eines Landes ist nur sehr bedingt Maßstab für seine politische Bedeutung, und man sollte ohne Erwähnung der Auswirkungen auch nicht von einer „Überalterung“ reden. Es sind also nicht die demographischen Veränderungen an sich, sondern die sich daraus ergebenden Probleme, die Anlaß zur Besorgnis geben. Ich möchte mich hier auf die ökonomischen Folgen



beschränken, weil sie nach meiner Meinung von zentraler Bedeutung sind. Damit soll zwar nicht der Eindruck erweckt werden, als sei wirtschaftliches Wachstum unser höchstes Gut, doch ist wirtschaftlicher Wohlstand und seine Sicherung wichtig für die politische Stabilität.

Engpaß Arbeitsmarkt

Wenn eine Bevölkerung schrumpft, dann wirkt sich das mit einer Verzögerung von 15 bis 20 Jahren auf den Arbeitsmarkt aus. Zunächst geht die Zahl der Berufsanfänger zurück, später auch die Gesamtzahl der Arbeitskräfte. Das wäre für sich betrachtet kein Problem, denn grundsätzlich braucht eine schrumpfende Bevölkerung auch nur ein entsprechend geringeres Arbeitskräftepotential. Der technische Fortschritt könnte dennoch auch in Zukunft dafür Sorge tragen, daß das Wirtschaftswachstum pro Kopf und damit der Lebensstandard steigen könnte.

Es sind jedoch Zweifel angebracht, ob diese einfache Überlegung stichhaltig ist. Zum einen bewirkt unsere Altersstruktur, daß die Zahl der Arbeitskräfte etwa 25 Jahre lang, von 2015 bis 2035, stärker zurückgeht als die Bevölkerung. Da es aber die Arbeitskräfte sind, die das Sozialprodukt erstellen, bedeutet dies, daß das Sozialprodukt je Einwohner nur unterproportional steigen kann. Noch problematischer ist die Veränderung insgesamt. Denn es besteht die Gefahr, daß die Zahl der Arbeitskräfte von 2015 bis 2035 so stark zurückgeht, daß die Wirtschaft als Ganzes nicht mehr wachsen kann, sondern schrumpft. Das bringt weitere Schwierigkeiten, die noch gesondert diskutiert werden müssen.

Zunächst stellt sich die Frage, ob das Schrumpfen des Arbeitsangebotes tatsächlich unvermeidbar ist. Verschiedene Autoren weisen auf die hohen Reserven des deutschen Arbeitsmarktes hin.² Erwähnt werden in diesem Zusammenhang die Senioren, die Frauen und nicht zuletzt auch die Arbeitszeit. Skepsis ist angebracht, was die Ergiebigkeit dieser Reserven angeht. Es reicht nicht aus, eine höhere Erwerbsbeteiligung der Älteren zu fordern. Man muß auch bereit sein, sie auf produktiven Arbeitsplätzen einzusetzen. Bisher zeigt die Wirtschaft dazu wenig Neigung. Bei höherer Frauenerwerbstätigkeit besteht das Risiko, daß sich das nicht nur auf das Geburtenniveau auswirkt, sondern auch auf die Arbeitszeit der Männer. Aus Gründen der Vorsicht ist es daher besser davon auszugehen, daß mit der Bevölkerung auch die Zahl der Arbeitskräfte abnimmt, anstatt auf einen automatischen Anstieg des Arbeitsangebotes durch eine intensivere Nutzung des Potentials zu hoffen.

Risiken für das Wirtschaftswachstum

Die größten Probleme sehe ich für das Wirtschaftswachstum, dessen Spielraum sich mit schrumpfendem Arbeitsangebot reduziert. Hinzu kommt, daß auch die sinkende Zahl von Konsumenten sich negativ auf das Wirtschafts-

² So z. B. Manfred Thon, Perspektiven des Erwerbspotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahr 2030, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/1991, S. 706-712.

klima auswirkt. Für einen längeren Zeitraum kann es daher zu einem Nullwachstum, mehr noch, zu einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit kommen. Die Vorhersage ist mit dem üblichen Unsicherheitsfaktor zu versehen: Es kann also durchaus besser, es kann aber auch noch schlechter kommen.

Doch bleiben wir zunächst bei der mittleren Entwicklungslinie. Wenn die Wirtschaft, bedingt durch das schrumpfende Angebot und auch die sinkende Zahl privater Nachfrager, stagniert oder sogar schrumpft, so bedeutet das, daß sich weite Teile der Wirtschaft auf Talfahrt befinden, und zwar nicht, wie in Zeiten konjunktureller Rezession nur zeitlich sehr begrenzt, sondern auf längere Dauer. Das bewirkt nicht nur Arbeitsplatzabbau, sondern wahrscheinlich auch Entlassungen, wobei es fraglich ist, ob die Betroffenen neue Stellen in den besser gestellten Branchen finden werden.

Der Stagnationsprozeß hat aber noch weitergehende Konsequenzen. Es gibt keine Notwendigkeit mehr für Erweiterungsinvestitionen, und auch Ersatzinvestitionen werden hinausgeschoben, möglicherweise in Erwartung weiter schrumpfender Umsätze ganz unterlassen. Das beeinträchtigt die Nachfrage nach Investitionsgütern und mithin die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Ausbleibende Investitionen gefährden aber auch die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, da neue Investitionen gleichzeitig zu einer Modernisierung der Produktionsanlagen führen. Das wiederum bliebe nicht ohne Folgen für den bislang als konstant angenommenen technischen Fortschritt. Je weniger investiert wird, desto geringer fällt der technische Fortschritt aus.

Es ist zu befürchten, daß die wirtschaftliche Entwicklung noch ungünstiger verläuft, als es die gewissermaßen „objektiven“ Konsequenzen einer schrumpfenden Bevölkerung erwarten lassen. Ich bin der Überzeugung, daß unsere Wirtschaft ein gewisses Maß an Wachstum braucht, um überhaupt funktionsfähig zu bleiben. Während höhere Wachstumsraten ein Klima des Optimismus erzeugen, das wiederum positive Entscheidungen für Neugründungen und Erweiterungen von Unternehmen begünstigt, besteht die Gefahr, daß in Zeiten stagnierenden oder schrumpfenden Wachstums ein kumulativer, d. h. sich selbst verstärkender Prozeß nach unten in Gang kommt. Wie wichtig die Erwartungen von Unternehmern und Konsumenten für die wirtschaftliche Entwicklung sind, zeigt sich gerade jetzt, wo wir mitten in einer Rezession stecken. Während man gegenwärtig jedoch die Hoffnung haben kann, daß sich die objektiven Verhältnisse wieder bessern, bzw. daß sich die Einsicht durchsetzt, daß die Verhältnisse besser sind als die Stimmung, bleiben die negativen Ursachen einer schrumpfenden Bevölkerung auf Dauer erhalten.

Die Bundesrepublik könnte nun aber versuchen, Nachfragedefizite im Inland durch verstärkten Export zu kompensieren. Daß das nicht immer reibungslos geht, zeigt sich gegenwärtig. Zwar gibt es von der Bevölkerungsentwicklung gesehen weltweit keine Nachfragebegrenzungen, nur muß diese auch mit entsprechender Kaufkraft ausgestattet sein. Hinzu kommt die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wenn diese erst einmal als Folge

der Entwicklung im Inland Schaden genommen hat, wird eine Exportoffensive keinen Erfolg haben. Außerdem macht sich mangelnde Wettbewerbsfähigkeit nicht nur auf den Weltmärkten negativ bemerkbar, sie gefährdet auch die angestammten einheimischen Absatzmärkte.

Bedenken sollte man in diesem Zusammenhang auch, ob die Investitionsentscheidungen, die immer mehr weltweit getroffen werden, angesichts einer dauerhaft schrumpfenden Bevölkerung, angesichts von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt und nicht zuletzt auch eines alternden und folglich eher teuren Arbeitskräftepotentials verstärkt zugunsten der expandierenden Länder getroffen werden.

Bevölkerungsrückgang und soziale Sicherung

Von der Entwicklung unserer Wirtschaft hängt es ganz entscheidend ab, wie gut wir mit den Problemen fertig werden, die der Alterungsprozeß der Bevölkerung mit sich bringt. Das Problem der steigenden Rentenlast ist inzwischen hinlänglich bekannt. Erste Reformen zur zukünftigen Entlastung der Rentenversicherung sind eingeleitet. Sie reichen jedoch überhaupt nicht aus. Bemerkenswerterweise enden die Projektionen der Bundesregierung, die die Wirkungen dieser Reform zeigen, mit dem Jahr 2010. Die wirklichen Probleme werden erst danach eintreten.

Steigenden Umverteilungsbedarf gibt es nicht nur in der Rentenversicherung, auch die gesetzliche Krankenversicherung wird durch das Altern der Bevölkerung immer mehr belastet. Zur Zeit tragen die Rentner gerade 40 Prozent ihrer Krankheitskosten selbst.

Schließlich sei noch auf die geplante Pflegeversicherung verwiesen. Medizinischer Fortschritt und steigende Lebenserwartung haben zur Folge, daß der Anteil Hochbetagter überproportional zunimmt und damit die Zahl von chronisch-degenerativen Alterskrankheiten. Wir alle sind uns noch nicht im mindesten darüber klar, welche Belastungen dadurch in Zukunft auf uns zukommen.

Alles in allem ist davon auszugehen, daß der Umverteilungsbedarf von den Erwerbstätigen zu den nicht mehr Erwerbstätigen erheblich ansteigen wird, ganz besonders, wenn die zu verteilende Masse infolge wirtschaftlicher Stagnation gleichbleibt. Zwar ändert der Alterungsprozeß auch die politischen Mehrheitsverhältnisse, so daß im Extremfall die Älteren die Jüngeren durch Gesetz zwingen könnten, ihnen größere Teile ihres Einkommens abzutreten. Die Jüngeren könnten sich ihrerseits jedoch dieser Verpflichtung durch Leistungsverweigerung, durch Ausweichen in die Schattenwirtschaft oder durch Auswanderung entziehen.

Plädoyer für eine vorausschauende Einwanderungspolitik

Seit 20 Jahren gibt es in Deutschland ein Geburtendefizit, das bislang durch ständige Einwanderungsüberschüsse ausgeglichen wurde, so daß die Einwoh-

nerzahl noch nicht gesunken ist. Das Geburtendefizit wird sich in den nächsten Jahren verstärken, so daß es dringend erforderlich ist, die Einwanderungen auf eine geregelte, d. h. gesetzliche Basis zu stellen. Falsch wäre es dagegen, den Einwanderungsstrom zu stoppen, weil das bedeuten würde, daß die Einwohnerzahl Deutschlands schrumpft, und zwar mit wachsendem Tempo.

Eine dauerhaft sinkende Bevölkerung bringt aus heutiger Sicht erheblich mehr Probleme, als vorübergehend an positiven Entlastungswirkungen zu erwarten ist. Die rückläufige Zahl der Konsumenten und der Arbeitskräfte führt dazu, daß die Wirtschaft als Ganzes nicht mehr wächst, möglicherweise über längere Zeit sogar schrumpft. Das führt in weiten Bereichen zu Entlassungen. Da in solch einer Situation überdies Erweiterungsinvestitionen unterbleiben und Ersatzinvestitionen ebenfalls eingeschränkt werden, reduziert sich nicht nur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, der verlangsamte Erneuerungsprozeß der Produktionsanlagen gefährdet auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, und zwar nicht allein auf den Auslandsmärkten, sondern auch im Inland.

Da gleichzeitig die deutsche Bevölkerung altert, wächst der Umverteilungsbedarf von den Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen. Nicht nur die Rentenversicherung, auch die Krankenversicherung und die geplante Pflegeversicherung erfordern immer mehr Geld. Wenn bei stagnierenden Einkommen die Abgabenlast erhöht wird, wächst die Gefahr, daß die Erwerbstätigen ihre Leistung verweigern. Das verstärkt jedoch die Finanzierungsprobleme des Sozialsystems bis hin zum Zusammenbruch.

Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, die eine solche Entwicklung verhindern sollen, sind zwar notwendig, sie bedeuten letztlich jedoch nur ein Kurieren an den Symptomen. Erforderlich ist es vielmehr, die Ursache, den Bevölkerungsrückgang, zu beseitigen oder zumindest abzuschwächen. Die gesellschaftlich beste Lösung wäre zweifellos eine Erhöhung des Geburtenniveaus. Da die Erfolgsaussichten hierfür zur Zeit jedoch nur dürftig sind, bleibt letztlich nur, die Bevölkerungslücken - teilweise - durch Einwanderungen zu schließen.

Die Bundesrepublik sollte sich daher frühzeitig zu einem Einwanderungsland erklären. Frühzeitig, damit die Einwanderer rechtzeitig, d. h. unter Einrechnung einer notwendigen Integrationsphase, im Wirtschaftsprozess mitwirken können. Der Status eines Einwanderungslandes erlaubt es, bei den Einwanderern Kontingente und Quoten festzusetzen. Insbesondere sollte eine Altersbegrenzung vorgenommen werden. Die Zahl der jährlich aufzunehmenden Einwanderer müßte noch gründlich diskutiert werden. Skeptisch bin ich, ob es auf Dauer vertretbar ist, das Geburtendefizit vollständig durch Einwanderungen auszugleichen. Zwar ist die Bevölkerungslücke zunächst noch klein, bis zum Jahr 2000 reicht ein Einwanderungsüberschuß von 100 000 pro Jahr aus, um die Einwohnerzahl konstant zu halten. Danach wird das Defizit jedoch rasch größer. Es wird im Jahr 2030 bereits mehr als 500 000 Personen

betragen. Die deutsche Gesellschaft wird wohl kaum bereit sein, eine solch hohe und überdies ständig steigende Zahl von Ausländern zu akzeptieren. Es kann also nur darum gehen, einen Teil des Defizits, also etwa 250 000 Einwanderer pro Jahr aufzunehmen.

Zu einer Einwanderungspolitik gehören meiner Meinung nach auch umfangreiche und gründliche Hilfen bei der Integration der Neubürger. Hierzu zählen nicht nur Sprachkurse und Vorbereitungsmaßnahmen für den Beruf, sondern auch Hilfen bei der Wohnraumbeschaffung. Außerdem müßte eine klare Perspektive für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gegeben sein. Je wirkungsvoller diese Integrationsmaßnahmen sind, desto größer ist der volkswirtschaftliche Nutzen der Einwanderer, desto geringer sind die Konflikte zwischen Alt- und Neubürgern.

So wichtig es erscheint, neue Bürger aufzunehmen, so sollte man dabei nicht die Ausländer vergessen, die zum Teil schon seit vielen Jahren hier leben. Sie müssen als erste die Chance erhalten, gleichberechtigte Staatsbürger zu werden. Es wäre volkswirtschaftlicher Unsinn, neue Einwanderer ins Land zu holen, während man gleichzeitig die alten im Abseits stehen läßt. Bislang war es für Ausländer in der Regel sehr schwer, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erreichen. In jüngster Zeit hat es hier zwar einige Erleichterungen gegeben, so daß auch die Zahl der Einbürgerungen deutlich zunimmt. Die überwiegende Mehrzahl der Ausländer, die oft schon 10 Jahre und länger hier leben, zögert jedoch, diesen entscheidenden Schritt zu tun. Zu tief ist mittlerweile das Mißtrauen gegenüber ihrem Gastland. Sie befürchten, sich mit dem Wechsel der Staatsangehörigkeit gewissermaßen zwischen alle Stühle zu setzen, nämlich bei den Deutschen nach wie vor als Ausländer und lästige Eindringlinge zu gelten, während sie für ihre früheren Landsleute Abtrünnige sind. Die einzige Möglichkeit, diesen Konflikt zu entschärfen, liegt in der Ermöglichung einer doppelten Staatsangehörigkeit. Dies gilt, wohl gemerkt, für die Ausländer, die bereits seit Jahren hier leben. Für zukünftige Einwanderer, die ausdrücklich mit dem Ziel, auf Dauer zu bleiben, nach Deutschland kommen, bedarf es eines solchen gleitenden Übergangs nicht.

Vergessen darf man aber auch nicht die Widerstände in der deutschen Bevölkerung. Die Probleme mit der Integration hegen auch bei den Deutschen, die nicht bereit sind, ihre ausländischen Mitbürger als gleichwertig und gleichberechtigt zu akzeptieren. Vor allem in der Unterschicht gibt es starke Vorbehalte gegen Ausländer, weil Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen befürchtet wird.³ Hier richten emotionale Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit und selbst rationale Aufklärung wenig aus. Es braucht vielmehr sowohl sozialpolitische als auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, um auch den Angehörigen der Unterschicht bessere Lebensperspektiven zu vermitteln.

³ Vgl. hierzu Henrik Kreutz, Europäische Integration, Weltoffenheit und nationale Identität. Wie deutsch ist die Bundesrepublik? Wie deutsch soll sie sein?, in: Paul Bocklet (Hg.), Zu viele Fremde im Land?, Düsseldorf 1990, S. 21-85.

Abschließend sei betont, daß Einwanderungen aus wirtschaftlichen Gründen notwendig sind, daß damit aber nicht alle Probleme beseitigt werden können. Zusätzlich müssen auch noch familien- und wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden, um mit den Folgen des Bevölkerungsrückgangs fertig zu werden. Das Beispiel der USA zeigt, daß der Status eines Einwanderungslandes Konflikte bringt. Gleichzeitig entwickelt sich jedoch eine neue Dynamik, die unsere Gesellschaft angesichts der demographischen Veränderungen braucht, um zu verhindern, daß Deutschland zu einem „ökonomischen und mentalitätsmäßigem Altersheim“ wird.⁴ Noch stehen wir nicht unter Zeitdruck. Es wäre jedoch falsch abzuwarten und erst dann zu reagieren, wenn die negativen Folgen bereits zu spüren sind. Da die Folgen nicht schlagartig, sondern eher unmerklich eintreten, besteht die Gefahr, daß das schleichende Gift der Gewöhnung lähmt, so daß eine erfolgreiche Reaktion letztlich nicht mehr möglich ist.

⁴ Bert Rürup, Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland, München 1989.